

Die Schattenseite der raschen Covid-Hilfe

Die Hilfgelder haben während der Pandemie manchem Unternehmen das Überleben gesichert, doch es wurde auch getrickst und betrogen.

Dominic Kobelt und
Philipp Herrgen

Die Schutzmassnahmen der Coronapandemie waren für alle einschneidend. Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern, hatten Bund und Kantone finanzielle Hilfsangebote bereitgestellt. Diese wurden rasch und unbürokratisch angeboten – leider mitunter auch ungerechtfertigt beansprucht. Wie unterschiedlich die Fälle gelagert sind, erklärt Staatsanwalt Karl Knopf an einer Pressekonferenz, an der die Behörden gemeinsam über den Stand der Verfahren informieren: «Es gibt Unternehmen, die haben statt 90 000 Franken Umsatz 100 000 Franken angegeben. Andere Fälle sind komplexer und mit grossen Schadenssummen – so hat ein Beschuldigter über mehrere Firmen 1,1 Millionen Franken erhalten und dann nochmals 300 000 Franken beantragt.»

Mit Hilfgeldern Rolex gekauft und Poker gespielt

Und es gebe vereinzelt sehr dreiste Betrüger: So habe ein ausländischer Staatsangehöriger bereits am ersten Tag 130 000 Franken erhalten. «Weil das so einfach ging, hat er dann bei einer anderen Bank noch 300 000 Franken beantragt und auch bekommen. Damit hat er sich eine Rolex gekauft, Spielschulden abbezahlt und den Rest für Pokerturniere verwendet», erzählt Knopf. Der Beschuldigte sitze mittlerweile



Corina Winkler, Mediensprecherin der Kantonspolizei, stellt die Verantwortlichen vor, die Covid-Betrüger jagen (v.l.): Regierungsrat Dieter Egli, Adrian Schulthess, Leiter Kantonale Staatsanwaltschaft, Markus Gisin, Abteilungschef Kriminalpolizei und Staatsanwalt Karl Knopf. Bild: kob

im vorzeitigen Strafvollzug. Rund 400 Betrugsverdachtsfälle werden es im Aargau sein, so schätzt es das Departement Volkswirtschaft und Inneres.

Dazu zählen Covid-19-Kredite, die unrechtmässig bezogen oder verwendet wurden, aber auch der unrechtmässige Bezug von Erwerbsersatz für Selbstständigerwerbende, von Kurzarbeitsentschädigungen und kantonalen Härtefallgeldern. «Der Fokus liegt aber klar auf den Bundeskrediten – bei den kantonalen blieb mehr Zeit, sie ausführlicher zu prüfen», erklärt Justizdirektor Dieter Egli.

«Der überwiegende Teil der Unternehmen hat während der Pandemie zurecht Wirtschaftshilfen beansprucht», hält der Regierungsrat weiter fest. Das sei «gerechtfertigt und überlebensnotwendig» gewesen. Eine

schnelle Bearbeitung der Betrugsverfahren sei besonders wichtig, um die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats gegenüber den vielen ehrlichen Hilfebeziehenden zu bewahren. Der Kanton Aargau steht in der Liste der ausgezahlten Hilfgelder auf Platz sechs, bei der Menge an Verfahren sogar auf Platz drei. «Es ist klar, dass wir als Industrie- und Wirtschaftskanton stärker betroffen sind als andere Kantone», sagt Egli.

Gemeinsamer Standort und zusätzliche Stellen

Für die Bearbeitung der Fälle hat der Regierungsrat eine Frist von drei Jahren gesetzt. Dazu wurden sechs Stellen bewilligt. Das Ermittlungsteam der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei wurde mit zusätzlichen Personen erweitert, es arbeitet

an einem gemeinsamen Standort in Buchs. Nebst der engen, unkomplizierten Zusammenarbeit sieht Markus Gisin, Abteilungschef der Kriminalpolizei, einen weiteren Vorteil: «Der Dienst IT-Forensik und Cybercrime der Kantonspolizei ist ebenfalls hier angesiedelt. Wir müssen umfangreiche digitale Spuren auswerten – da ist der Austausch sehr hilfreich.»

Hinweise zu auffälligen Transaktionen oder Strafanzeigen seien anfänglich von Banken eingegangen, erklärt Adrian Schulthess, Leiter kantonale Staatsanwaltschaft. «Diese haben Auffälligkeiten betreffend Umsatzzahlen oder der Verwendung von Krediten bemerkt.» Seit rund einem Jahr kämen die Anzeigen von Konkursämtern und von Bürgerschaftsgenossenschaften. Letztere verschaffen

den KMU einen leichteren Zugang zu Bankkrediten, indem sie Garantien bieten. «Auch in diesem Jahr gingen noch 70 Strafanzeigen ein», erklärt Schulthess. Nach den Verdachtsmeldungen werden insbesondere die Umsatzzahlen geprüft. Im Verlauf der Ermittlungen wird auch geklärt, ob weitere strafbare Handlungen vorliegen, wie etwa Urkundenfälschung, Geldwäscherei oder Konkursdelikte.

Die Suche nach dem Geld lohnt sich

Die fallführenden Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft werden die oft sehr umfangreichen Daten in enger Zusammenarbeit mit den polizeilichen Mitarbeitenden aus. Im weiteren Verlauf werden die beteiligten Personen von Polizei und Staatsanwaltschaft befragt und mit dem Sach-

«Der Aargau ist als Industrie- und Wirtschaftskanton stärker von Covid-Betrugsfällen betroffen als andere.»

Dieter Egli
Regierungsrat

verhalt konfrontiert. Sind die Tatbestände erfüllt, wird je nach Strafmass Anklage beim zuständigen Gericht erhoben. Von den bisher über 200 eingegangenen Verfahren wegen Verdacht auf Betrug konnte ein Viertel, mehrheitlich einfache Verfahren, bereits erledigt werden. Die Deliktsumme beläuft sich aktuell auf 25 Millionen Franken.

Welcher Anteil der Deliktsumme sichergestellt werden kann, sei noch nicht abschätzbar, sagt Adrian Schulthess. Nicht verwendete Geldbeträge würden sofort gesperrt oder sichergestellt. «Da die Beträge von beschuldigten Personen oft gar nicht für den Erhalt der Unternehmensexistenz benötigt worden sind, bestehen Chancen, zumindest einen Teil der Gelder wieder eintreiben zu können», so Schulthess weiter.

Frauenstimmrecht oder Kaiseraugst-Protest

Verleger Peter Wanner und alt Nationalrätin Katrin Kuhn (Grüne) debattieren über prägende Aargauer Momente.

Andrea Marti

In der Aargauer Zeitgeschichte wimmelt es nur so von Schlüsselmomenten. So schien es zumindest am Spätsommeranlass des Zentrums für Demokratie Aarau, an dem neben zwei Historikern auch CH-Media-Verleger Peter Wanner (FDP) und alt Nationalrätin Katrin Kuhn (Grüne) sprachen. Historiker Titus Meier sagt bereits bei der Vorstellung des 2,5 Kilo schweren Buchs «Zeitgeschichte Aargau» einen Satz, der sich im Verlauf des Abends immer wieder bestätigte: «Die Gewichtung von Ereignissen und die Auswahl von Schlüsselmomenten hängt immer auch stark davon ab, wer sie aussucht.»

Umstellung der Verwaltung auf PC als Schlüsselmoment

So nannte Meier als Schlüsselmomente etwa die Abschaffung des Pflichtquorums an Gemeindeversammlungen, die Einführung des Frauenstimmrechts und die Umstellung der kantonalen Verwaltung von Schreibmaschinen auf Computer. Historiker Fabian Saner erwähnte in seinem Referat ausserdem die erste Erscheinung der «Aar-



Verleger Peter Wanner und alt Nationalrätin Katrin Kuhn (Grüne) am Podiumsgespräch in Aarau. Bild: Henry Muchenberger

gauer Zeitung» nach der Fusion des Aargauer und des «Badener Tagblatts», den Protest gegen die Pläne für ein Atomkraftwerk in Kaiseraugst und die Gründung der «Grünen Alternative» in den 1980er-Jahren, bei der auch Kathrin Kuhn beteiligt war.

Von Moderator Peter Buri danach gefragt, welches denn persönliche Schlüsselmomente seien, nannten Verleger Peter Wanner und alt Nationalrätin Katrin Kuhn wiederum andere Ereignisse: Kuhn entschied sich für die Einführung des Frauen-

stimmrechts, welches für Wanner weniger prägend war, wie er sagte. Für ihn entscheidender seien die Proteste gegen das Atomkraftwerk in Kaiseraugst gewesen, die nicht nur seine Redaktion, sondern auch Generationen, Familien und Bekanntenkreise gespalten hätten.

Aus Sicht Wanners gab es aber noch einen zweiten Schlüsselmoment in der jüngeren Aargauer Geschichte, namentlich die Fusion der ehemaligen BBC und Asea zur heutigen ABB. «Die BBC wurde damals ver-

schachert. Das war schlimm, für den ganzen Aargau. Schon heute sind deutlich weniger Stellen in Baden als noch früher, und wer weiss, wie lange die noch bleiben», so Wanner. Kuhn ihrerseits erzählte von der Gründung der Grünen Alternative, bei der sie beteiligt war. Diese Gründung, so Kuhn, sei nötig gewesen. «Wir konnten uns nicht einfach der SP anschliessen, denn die SP war anders bewegt als wir», so Kuhn. Selbst innerhalb der Grünen Bewegung habe es ausserdem in den ersten Jahren Uneinigkeiten gegeben. «Es gab zwei Strömungen – eine, die sich im institutionellen Betrieb einbringen wollte und eine, die quasi von aussen Druck aufbauen wollte. Die haben lange parallel zueinander existiert.»

Kuhn: «Habe alles gelesen, Trotzki, Lenin, Mao»

Dabei, erzählt Kuhn, habe sie sich selbst lange überlegt, wer bei den Grünen alles dabei sein sollte. «Ich habe alles möglich gelesen, Trotzki, Marx, sogar Mao. Das war am Anfang eine grosse Findung, wir wollten alle kennen und so entscheiden, wo wir uns als Grüne positionieren wollten.» Das Lesen marxisti-

scher Schriften verband Kuhn schliesslich wieder mit FDP-Verleger Wanner, der sich als junger Mann in ähnlichen Kreisen aufhielt – zumindest für eine gewisse Zeit. Während seines Studiums in Berlin habe es Proteste gegen einen Rektor gegeben, der sich als Altnazi herausgestellt hatte. «Da dachte ich mir: Ich bin doch nicht nach Berlin gekommen, um an einer Uni zu studieren, die von einem Altnazi geleitet wird!».

So habe er sich den Studierenden angeschlossen, die protestierten – und begann ebenfalls Marx und Lenin zu lesen, bis er irgendwann fand: «Es wird mir zu marxistisch hier!» und aus Berlin zurückkehrte.

Am Ende des Podiums ging es schliesslich noch um eine grosse Frage, die gerade in unsicheren Zeiten wohl viele umtreibt: Kann die Politik aus der Geschichte lernen?

Auch auf diese Frage hatten Wanner und Kuhn unterschiedliche Antworten: Nein, fand die Politikerin. Doch, sagte der Verleger. Wenn auch mit Einschränkung: «Die Politik kann aus der Geschichte lernen, aber es passiert immer spät, immer erst kurz vor der Katastrophe.»



Maja Riniker wird wohl 2025 Nationalratspräsidentin. Bild: Key

Maja Riniker bald höchste Schweizerin

Nationalrat An ihrer Fraktions-sitzung hat die FDP die Aargauer Nationalrätin Maja Riniker für das zweite Vizepräsidentium des Nationalrats nominiert, wie die Partei am Freitagnachmittag schreibt. Die Wahl im Nationalrat erfolgt zu Beginn der Winter-session. Wenn alles turnusgemäss läuft und Riniker nächstes Jahr als Nationalrätin wiedergewählt wird, würde die 44-jährige Betriebsökonomin 2025 das Ratspräsidentium übernehmen.

Nach der Grünen Irène Kälin, die im laufenden Jahr das Amt der höchsten Schweizerin innehat, könnte also bald die nächste Aargauerin zum Zug kommen. Es wäre das 15. Mal, dass ein Ratsmitglied aus dem Aargau die Grosse Parlamentskammer präsidiert. (aka)